



Offener Brief an
Bundeskanzler Werner Faymann

Wien, 2011-03-04

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Es ist Ihnen zweifellos bekannt, dass die palästinensische Befreiungsorganisation die Absicht hat, bei der kommenden Generalversammlung der Vereinten Nationen den Antrag auf diplomatische Anerkennung des unabhängigen Staates Palästina zu stellen. Angesichts des zum völligen Stillstand gekommenen „Friedensprozesses“ aber auch der von sämtlichen europäischen Staaten unterstützten, aber leider durch US-Veto verhinderten, Resolution des Sicherheitsrates betreffend die israelische Siedlungspolitik halten wir einen derartigen politischen Akt für äußerst wichtig. Auch wenn dadurch kein eigenständiger und lebensfähiger palästinensischer Staat geschaffen wird, so bedeutet eine Anerkennung doch eine deutliche politische Geste. Wir fordern daher die Österreichische Bundesregierung auf, im Falle eines derartigen Antrages diesem auch zuzustimmen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auch auf die Tatsache verweisen, dass eine überwiegende Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten bereits angekündigt hat, einen derartigen Beschluss in der UN-Generalversammlung zu unterstützen, darunter auch zahlreiche europäische Staaten. In diesem Zusammenhang übermitteln wir Ihnen auch eine Kopie eines aktuellen Berichtes der liberalen israelischen Tageszeitung Haaretz, wonach auch Norwegen ein solches Abstimmungsverhalten überlegt.

Wir erwarten diese Positionierung nicht zuletzt auch in Hinblick auf das traditionelle österreichische nahostpolitische Engagement. In diesem Zusammenhang würden wir es auch begrüßen, wenn die Österreichische Bundesregierung die Absicht eines derartigen Abstimmungsverhaltens auch anlässlich des Ende März stattfindenden Besuches von Präsident Mahmoud Abbas in Wien bekannt gäbe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Fritz Edlinger
Generalsekretär

Beilage

c/ Vizekanzler Dipl.Ing. Josef Pröll
Bundesminister Dr. Michael Spindelegger
Präsident Karl Blecha
Vizepräsident Abg.z.NR Wolfgang Großruck